

Artikel drucken: [Börse Frankfurt-News: "Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten" \(Kolumne\)](#)

Klicken Sie bitte [hier](#), um diesen Artikel jetzt auszudrucken.



**FinanzNachrichten.de, 21.01.2010 14:42:00**

### **Börse Frankfurt-News: "Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten" (Kolumne)**

Blick auf die Börse von Oliver Roth\*

21. Januar 2010. Oliver Roth, Chefhändler bei der Close Brothers Seydler Bank, beschäftigt sich in seinem Marktkommentar mit der Frage, wie unser Finanzsystem reformiert werden sollte, um es nachhaltig zu stärken.

Der Ruf der Öffentlichkeit nach Gerechtigkeit ist noch immer nicht verhallt. Zu sehr hat die aktuelle Wirtschaftskrise die Bürger der Welt in Mitleidenschaft gezogen. Verschwendung, Maßlosigkeit und Fahrlässigkeit in großen Teilen des Bankwesens haben uns schockiert und machen ein "weiter so" unmöglich. Ein System und dessen Manager haben versagt und nun gilt es verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen. Wir müssen deshalb zum einen wirksame Kontroll- und Sanktionsmechanismen im internationalen Finanzsystem einführen und die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen. Zum anderen gilt es das Finanzsystem nicht kollektiv zu verurteilen und durch blinden Aktionismus auch die Gerechten zu bestrafen.

Unser komplexes Finanzsystem muss mit Bedacht reformiert werden. Nur einfach "draufhauen" um dem öffentlichen Druck nachzugeben, halte ich für falsch. Es werden aktuell viele Optionen einer Finanzreform in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Banken sollen durch Sondersteuern auf Gewinne und Boni der Mitarbeiter an den Kosten der Krise beteiligt werden. Die Eigenkapitaldecken der Finanzinstitute sollen schrittweise mittelfristig erhöht werden. Börsenumsatzsteuer und Tobinsteuer werden auch immer wieder als Vorschläge in die Diskussion gebracht. Viele dieser Vorschläge sind nachvollziehbar und vordergründig interessant. Doch wir sollten nicht die Ziele und Absichten, die wir mit unserer Reform verfolgen, aus den Augen verlieren. Denn einige dieser Einwürfe haben sich bereits als unbrauchbar erwiesen. In Großbritannien wurde beispielsweise eine 50-prozentige Sondersteuer für Banker Boni eingeführt. Dadurch sollen einmalig 500 Millionen Pfund eingenommen werden. Nach Abzug der entstehenden Verwaltungskosten und unter Berücksichtigung etwaiger Umgehungsstrategien der Banken werden höchstens 20 Prozent der Summe letztlich dem Fiskus zur Verfügung stehen. Damit wird nur Geld verbrannt und mehr als ein symbolischer Akt wird davon nicht bleiben. Der Staatshaushalt ist damit jedenfalls nicht zu sanieren. Das gleiche gilt für eine Börsenumsatzsteuer. Die Börsenumsatzsteuer hätte auf internationalem Parkett auch keine Chance umgesetzt zu werden und es gibt kein vernünftiges Verhältnis zwischen dem Aufwand und dem Ertrag einer solchen Maßnahme. Ein nationaler Alleingang würde nur den Finanzplatz Deutschland schwächen. Bei all diesen Vorschlägen gilt es zu beachten, dass die wahren Verursacher der Krise ihren Teil zur Lösung beitragen sollten. Hier sollte das Verursacherprinzip gelten. Eine kollektive Verurteilung der Bankenbranche darf es hier nicht geben.

Ein Junge muss für sein Verhalten eine Konsequenz erfahren wenn er abends zu spät zum Essen kommt und ohne zu essen aufs Zimmer geschickt wird. Daraus soll er lernen. Die pünktlichen Geschwister bei Tisch hielten sich an die Regeln. Diese Brüder und Schwestern dürfen nicht mit bestraft werden, sonst lohnt sich nachhaltiges und langfristiges Wirtschaften nicht.

Nicht vorschneller Aktionismus sondern nachhaltige Reformen müssen unser Leitfaden bei der Umwandlung und der Kontrolle des Finanzsystems sein. Die Auszahlungen der Banker Boni müssen bei risikobehafteten Finanzgeschäften auf Basis eines nachhaltigen Wirtschaftens erfolgen und deshalb zeitlich gestreckt werden. Die Eigenkapitalpuffer der Banken müssen vergrößert werden, damit in der nächsten Krise der Staat - und damit wir Steuerzahler- nicht mehr für deren Fehler aufkommen müssen. Ein geeigneter Bankeninsolvenzfonds würde derartiges zusätzlich fördern. Die hohen Fremdkapitalisierungsquoten großer Banken müssen reduziert werden,

damit nicht länger gigantische Finanzräder gedreht werden können. Durch eine höhere Eigenkapitalunterlegung von risikvollen Finanzgeschäften wäre dies einfach zu erreichen. Internationale Finanzgeschäfte wie Derivatehandel, Währungsgeschäfte und strukturierte Produkte müssen durch Clearingstellen erfasst werden, um der Bildung von Preisblasen zu begegnen. Eine internationale Finanztransaktionssteuer (Tobin) könnte sicherlich eine weitere Bremse für riskante Bankgeschäfte sein. Da diese Steuer aber nur mit internationaler Zustimmung Sinn macht, ist die Einführung einer solchen Tobin-Steuer auf Sicht nicht zu erwarten.

Was die Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Krise angeht, so ist die Ausgangssituation der Banken national vollkommen unterschiedlich. In Deutschland ist von den großen Instituten nur die Deutsche Bank ohne Staatsmittel ausgekommen. Die Commerzbank übernahm die Dresdner und ist heute teilverstaatlicht. Ohne Gewinne wird es noch länger dauern bis der Staat sein Geld zurückerhält. Die Hypo Real Estate wurde verstaatlicht und wird es auf unabsehbare Zeit bleiben. Die Postbank gehört bald der Deutschen Bank und brauchte ebenfalls keine staatlichen Hilfen. Die desolaten Landesbanken gehören bereits dem Staat.

Man kann nur versuchen unser Finanzsystem vernünftig aufzustellen, um in Zukunft Verwerfungen zu verhindern. Zur Mitfinanzierung der Schäden sollten die Banken selbstverständlich beitragen, aber man darf die Finanzwirtschaft auch nicht überfordern, denn zu frisch und tief sind die Wunden, die man sich selbst beigefügt hat. Ein gut funktionierendes Finanzsystem ist unerlässlich für uns, auch wenn wir dadurch ein Stück erpressbar sind. Die Banken müssen wieder lernen, dass sie als Dienstleister in erster Linie die Volkswirtschaften mit Krediten zu versorgen haben. Dann wären wir alle schon ein ganzes Stück weiter.

© 21. Januar 2010/Oliver Roth

Sie können sich kostenlos für unseren täglichen Newsletter per E-Mail anmelden. Registrieren Sie sich bei [www.boerse-frankfurt.de/newsletter](http://www.boerse-frankfurt.de/newsletter) oder schicken Sie uns eine Email an [redaktion@deutsche-boerse.com](mailto:redaktion@deutsche-boerse.com).

\* Oliver Roth ist Chefhändler und Börsenstrategie der Close Brothers Seydler Bank AG, ein eigenständiges Tochterunternehmen der an der London Stock Exchange gelisteten Close Brothers Group plc, London. Das Unternehmen ist eine der größten Wertpapierhandelsbanken in Deutschland. Roth arbeitet seit 1990 an der Frankfurter Wertpapierbörse und ist seit 1996 bei der Close Brothers Seydler Bank AG.

(Für den Inhalt der Kolumne ist allein Deutsche Börse AG verantwortlich. Die Beiträge sind keine Aufforderung zum Kauf und Verkauf von Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten.)

AXC0139 2010-01-21/14:42

© 2010 dpa-AFX

Link: <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2010-01/15947838-boerse-frankfurt-news-man-darf-das-kind-nicht-mit-dem-bade-ausschuetten-kolumne-016.htm>

[Fenster schliessen](#)